

Niederschrift über die 8. Sitzung des Regionalausschusses „Galopprennbahn“

Sitzungstag: 22.01.2019 Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr Sitzungsende: 21:15 Uhr Sitzungsort:
Ortsamt Hemelingen
Godehardstraße 19, 1. OG
28309 Bremen

vom Ortsamt Hemelingen

Herr Jörn Hermening
Frau Silke Lüerssen

vom Regionalausschuss die Mitglieder

Herr Nico Ahlers in Vertretung für	
Frau Gabriele Bredow	(Beirat Hemelingen)
Herr Johann Oppermann in Vertretung	
für Herrn Ralf Bohr	(Beirat Hemelingen)
Herr David Cyferkowski	(Beirat Vahr)
Frau Eva Früh	(Beirat Vahr)
Herr Dr. Tim Haga	(Beirat Vahr)
Herr Hans-Peter Hölscher	(Beirat Hemelingen)
Herr Alfred Kothe	(Beirat Hemelingen)
Herr Ulrich Maas	(Beirat Vahr)
Herr Dominic Platen	(Beirat Hemelingen)
Herr Oliver Saake	(Beirat Vahr)
Herr Norbert Schepers	(Beirat Hemelingen)
Herr Gerhard Scherer	(Beirat Hemelingen)
Herr Bernhard Siegel	(Beirat Vahr)

Beratende Mitglieder

Herr Jens Emigholz (Beirat Vahr)

Referenten und weitere Gäste

Herr Michael Flassig, Herr Gunnar Polzin, Herr Ronald Risch, Frau Claudia Schulze (alle Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)
Herr Dr. Dirk Kühling (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)
Herr Jürgen Opielka (Wirtschaftsförderung Bremen GmbH)
Herr Dr.-Ing. Daniel Seebo (Fa. SHP Ingenieure GbR)

Herr Robert Bücking, Herr Dieter Reinken (Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft)
Mitglieder der Bürgerinitiative Rennbahngelände sowie weitere interessierte Bürger*innen

Tagesordnung:

TOP 1: Genehmigung der Niederschrift vom 25.09.2018

TOP 2: Vorstellung des Verkehrsgutachtens

TOP 3: Verschiedenes

Herr Hermening eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder und sachkundigen Bürger*innen der o. g. Beiräte, die Referenten sowie die Bürger*innen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Da keine Änderungswünsche oder Anmerkungen zur vorgeschlagenen Tagesordnung vorgebracht werden, gilt diese als genehmigt.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift vom 25.09.2018

Die Niederschrift der Sitzung vom 25.09.2018 wird mit der Änderung genehmigt, dass der letzte Satz des Protokolls „Herr Siegel fordert eine Gesamtplanung in der auch die Tribüne berücksichtigt wird“ in „Herr Siegel fordert ein tragfähiges Konzept für die Bühne, welches auch wirtschaftlich sein müsse, *so dass am Ende nicht wieder subventioniert werden muss, das kennen wir auf dem Gelände ja schon.*“

TOP 2 Vorstellung des Verkehrsgutachtens

Herr Polzin teilt einleitend mit, dass ein Quartier mit einem großen Anteil an öffentlicher Grünfläche entstehen und auch anliegenden Ortsteil davon profitieren sollen. Anschließend stellt Herr Dr. Seebo das Verkehrsgutachten (Anlage 1) vor.

Herr Dr. Haga bittet um Mitteilung, wieviel Kapazitäten auf den umliegenden Straßen denn noch frei seien. Er ergänzt, dass einige Menschen an das Kfz gebunden seien und verweist im Weiteren auch auf besondere Anforderungen für altersgerechtes Wohnen und Menschen mit Behinderung.

Herr Dr. Seebo antwortet, dass es schwierig sei aus einem Netz heraus abzuleiten, wohin Verkehre aus dem Quartier fließen werden. Herr Polzin ergänzt, dass die Kurt-Schumacher-Allee und die Vahrer Straße hohe Verkehrswerte aufweisen, aber nicht überlastet seien. Fahrzeuge können auf dem zukünftigen Gelände weiter benutzt werden zum Liefern und Laden. Altersgerechtes Wohnen könne auf dem Gelände beispielsweise auch gebündelt werden.

Herr Maas betont, dass es vernünftig sei vom Kfz auf das Fahrrad umzusteigen. In Bremen kommen etwa 500 Kfz auf 1.000 Menschen. Er weist darauf hin, dass es durch den Schichtverkehr bei Daimler zu einer hohen Verkehrsdichte komme, die zu den Verkehren der max. 1.000 Wohneinheiten aus dem Gebiet der Rennbahn berücksichtigt werden müsse.

Herr Dr. Seebo betont, dass es mit den vorgeschlagenen Angeboten funktionieren könne. Wichtig sei aber, dass das Quartier nicht als Lösungsansatz für vorhandene Probleme genommen werden sollte.

Herr Siegel legt dar, dass der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) zurzeit nicht optimal sei. Es werde hier übermittelt, dass bei einer verdichteten Wohnbebauung der ÖPNV besser werde und fragt nach Beispielen. Er verweist auf das Weidedammviertel, welches vor ca. 30 Jahren auch anders geplant worden sei.

Herr Emigholz merkt an, dass hier ein klares Plädoyer für eine hohe Verdichtung vorgestellt wird. Die FDP wolle keine hohe Verdichtung.

Herr Kothe teilt mit, dass bei ca. 1.000 Wohneinheiten ein verkehrsarmeres Konzept möglich sei. Er habe das Gefühl, dass hier das Wohnquartier „Ellener Hof“ vorgestellt werde. Herr Dr. Seebo antwortet, dass es auf die Wohnformen und auf die Mischung ankomme.

Herr Scherer bewertet das Konzept positiv, teilt aber gleichzeitig mit, dass er gegen eine Bebauung der Rennbahn sei. Man wisse derzeit noch nicht, welche Art von Bebauung auf dem Rennbahngelände stattfinden soll. Er komme gerade aus dem Weidedammviertel, das Verkehrskonzept wurde dort überplant. Er wünsche sich für das Rennbahnquartier großzügige Rad- und Straßenwege.

Herr Hölscher verweist auf die Chance Wohnraum zu schaffen ohne sich einer Gewinnmaximierung zu unterwerfen. Herr Saake merkt an, dass ein Gebiet stets eine bestimmte Dichte benötige um ein lebendiger Stadtteil zu werden.

Ein Bürger aus der Ludwig-Roselius-Allee merkt an, dass der Verkehr den ganzen Tag durch Ludwig-Roselius-Allee fließe. Ein Schwerpunkt sei dabei nachts auszumachen, wenn die Lkw mit Leerfahrten (lautes Geklapper) oder morgens um 4:00 Uhr mit überhöhter Geschwindigkeit durch die Straße fahren würden. Zudem gebe es erhebliche Lärm beim Beladen der LKW beim Martinshof. Herr Hermening bittet den Bürger um Kontaktaufnahme mit dem Ortsamt und sichert zu, dass er sich diesbzgl. an den Martinshof wenden werde.

Herr Schepers bittet um Zahlen zum Verkehrsaufkommen im Tagesverlauf. Herr Polzin sichert zu, dass diese mitgeteilt werden. Weiterhin merkt er an, dass vor ca. einem Jahr mit Fachleuten über Ziele gesprochen wurde. Dabei wurde u. a. finanzierbarer Wohnraum, Urbanität, Stadtentwicklung thematisiert und eine Mindestbebauung mit etwa 1.000 Wohneinheiten eher als Kompromiss bewertet.

Frau Früh fragt nach der Art der Zählweise (zum Beispiel bei stehenden Verkehren) und wie belastbar die Zahlen seien. Herr Dr. Seebo antwortet, dass in den Zeiten von 6 – 10 Uhr sowie 15 – 19 Uhr, teilweise aber auch 24 Stunden gezählt wurde.

Herr Maas merkt an, dass man sich Gedanken machen müsse, wie Wohnen in der Zukunft aussehen soll - man müsse umdenken und dafür Rahmenbedingungen festlegen. Das Rennbahngelände müsse für die Menschen ein Gewinn sein.

Herr Polzin ergänzt, dass hier Module vorgestellt werden, die Ursachen und Wirkungen behandeln – dies betreffe auch den ÖPNV. Insgesamt handele es sich um eine politische Entscheidung, was auf dem Rennbahngelände gebaut werden soll und wie die ÖPNV-aussehen soll. Herr Dr. Kühling ergänzt, dass man gemeinsam in einen Prozess gehen wolle. Es sei nun an der Zeit zu präzisieren.

Herr Siegel gibt zum ÖPNV zu bedenken, dass die Linie 25 bereits heute gut ausgelastet sei und fragt nach, ob es eine Idee für eine weitere Buslinie gebe. Herr Dr. Seebo teilt mit, dass er als Option die Verlängerung der Linie 31 (siehe Seite 52 der Präsentation) sowie eine Takterhöhung der Linie 25 vorgestellt habe.

Herr Emigholz teilt mit, dass in 2025 – wenn auf dem Rennbahngelände dann Häuser stehen sollten – ganz andere Kfz zur Verfügung stehen werden. Wenn es von der Ludwig-Roselius-Allee eine ampelgeschaltete Anbindung geben sollte, dann würde es evtl. einen neuen Stau Punkt ergeben. Herr Dr. Seebo antwortet, dass eine neue Lichtsignalanlage mit den vorhandenen „eingetaktet“ werden müsse.

Herr Hermening bedankt sich bei den Referent*innen.

TOP 3 Verschiedenes

Volksbegehren „Für unser lebenswertes Bremen – Städtebauliches Konzept zur Erhaltung des Rennbahngeländes im Bremer Osten als Grün-, Erholungs- und gemeinschaftlich genutzte Fläche“

Herr Hermening bittet die beiden Mitglieder der bremischen Bürgerschaft um eine Stellungnahme zum Volksbegehren.

Herr Bücking teilt mit, dass das Innenressort derzeit ca. 29.000 Unterschriften auszählen lasse (für das Zustandekommen des Volksbegehrens sind mindestens 21. 234 gültige Eintragungen erforderlich¹). Das Ergebnis solle in der ersten Februarwoche 2019 vorliegen – es sei enorm eng für eine Abstimmung am 26.05.2019 - u.a. gemeinsam mit

¹ Siehe unter www.amtsblatt.bremen.de/fastmedia/832/2018_10_04_ABI_Nr_0235_signed.pdf (IV Eintragungszahl)

Bürgerschaftswahl in Bremen. Er sehe es aber als ein Gebot der Fairness, die Abstimmung an diesem Tage durchzuführen. Seine Partei sei zurzeit dabei, einen Alternativvorschlag² zu erarbeiten.

Herr Reinken teilt mit, dass er eigentlich einige Anmerkungen zum Verkehrsgutachten machen wollte. Man sei sehr früh in die Argumentation „Ja oder Nein“ gekommen. Einige Eckpunkte seien hingegen klar: 30 % Grünfläche und etwa 1.000 Wohneinheiten. Man müsse alle Bremer*innen überzeugen, dass ein gewisses Maß an Bebauung benötigt werde.

Herr Bücking teilt abschließend mit, dass es ratsam sei, noch nicht weiter zu planen (Wettbewerbe ausschrieben etc.) - seine Partei müsse noch mit dem Koalitionspartner reden.

Gutachterliche Stellungnahme zur Anwendung des Bremischen Sportförderungsgesetzes in Bezug auf den Ausgleich der wegfallenden Sportflächen der Galopprennbahn und des Golfplatzes in Sebaldsbrück

Die gutachterliche Stellungnahme zur Anwendung des Bremischen Sportförderungsgesetzes in Bezug auf den Ausgleich der wegfallenden Sportflächen der Galopprennbahn und des Golfplatzes in Sebaldsbrück (Anlage 2) ist am 21.01.2019 im Ortsamt eingegangen und wurde an die Mitglieder des Regionalausschusses per E-Mail am 21.01.2019 mit Terminvorschlägen für die Vorstellung des Gutachtens weitergeleitet.

Die nächste Sitzung des Regionalausschusses soll am 12.02.2019 um 19:00 Uhr im Bürgerzentrum in der Vahr stattfinden.

gez. Hermening
Vorsitzender

gez. Hölscher
Ausschusssprecher

gez. Lüerssen
Protokoll

² Siehe § 3 (4) Gesetz über das Verfahren beim Volksentscheid

Stehen, mehrere Gesetzentwürfe, die den gleichen Gegenstand betreffen, zur Abstimmung, so sind sie auf einem Stimmzettel gemeinsam aufzuführen. Ihre Reihenfolge richtet sich nach der vom Landeswahlausschuss festgestellten Zahl der insgesamt abgegebenen Eintragungen zum jeweils zugrundeliegenden Volksbegehren. Hat die Bürgerschaft einen eigenen Gesetzentwurf zur Abstimmung vorgelegt, so wird dieser nach den mit dem Volksbegehren gestellten Gesetzentwürfen aufgeführt. § 2 Absatz 4 ist für jeden dieser Gesetzentwürfe anzuwenden. Die abstimmende Person kann zu jedem einzelnen Gesetzentwurf kenntlich machen, ob sie ihn dem geltenden Recht vorzieht (Ja-Stimme) oder nicht (Nein-Stimme). Zusätzlich kann sie kenntlich machen, welchen der Gesetzentwürfe sie vorzieht für den Fall, dass zwei oder mehr Gesetzentwürfe jeweils die erforderliche Zustimmung erreichen (Stichfrage).